

UNTERNEHMER FÜR FAMILIEN

»Eine Gesellschaft offenbart sich nirgendwo deutlicher als in der Art und Weise, wie sie mit ihren Kindern umgeht. Unser Erfolg muss am Glück und Wohlergehen unserer Kinder gemessen werden, die in einer jeden Gesellschaft zugleich die verwundbarsten Bürger und deren größter Reichtum sind.«

(Nelson Mandela)

Einleitung

Die Gedanken über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland und der Gesellschaft werden von vielen Themen bestimmt. Was geschieht mit der Rente? Wie wirkt sich die Digitalisierung aus? Wie schaffen wir es, nachhaltig Wohlstand zu generieren?

Was dabei oftmals auf der Strecke bleibt, sind die Menschen, die diese Zukunft gestalten werden: unsere Kinder. Dabei sind diese maßgeblich für die Zukunft Deutschlands. Sie sind es, die in einigen Jahren die Rente bezahlen, Unternehmen gründen oder durch ihre Leistung Wirtschaft und Gesellschaft stärken und so den Sozialstaat letztlich erst ermöglichen. Die Kinder von heute werden in nicht allzu ferner Zukunft die Wahlausgänge beeinflussen und die Digitalisierung vermutlich bereits im Blut haben.

Wer die Zukunft positiv gestalten möchte, kommt nicht umhin, Kinder mit den bestmöglichen Grundlagen auszustatten. Neben der unersetzlichen, elementaren Prägung und Bildung innerhalb der Familie beginnt das bereits und insbesondere im Kindergarten.

Die Priorität der öffentlichen Bildungsfinanzierung liegt derzeit eher im Hochschulbereich, obwohl gerade diese Form der staatlichen Investitionen in Bildung viel weniger notwendig ist. Politische Initiativen zur Förderung spezieller Fähigkeiten – Stichwort: MINT – sind ebenfalls en vogue. Diese sind richtig und wichtig.

Aber es werden eben nicht allein die Akademiker, Informatiker und Ingenieure sein, die unser Land voranbringen, unseren Lebensstandard sichern und die Gesellschaft stabilisieren. Schon gar nicht, wenn das Schulsystem Jahr für Jahr zehntausende Schulabbrecher hervorbringt, die dann vom Sozialstaat aufgefangen werden müssen. Es sind doch schon jetzt die Handwerker und Facharbeiter, die dringend benötigt werden, jedoch in unserem Land fehlen.

Daher gilt: Investitionen in die grundlegende Bildung, die in Kitas vermittelt wird, können nicht durch öffentliche Mittel in der Hochschulfinanzierung ersetzt werden. Frühkindliche Bildung nützt allen, auch dem späteren Akademiker. Das Ziel sollte sein, präventiv tätig zu werden, statt nachträglich aufzuräumen und wirklich **jedem** Kind – gleich welcher Bildungsweg später eingeschlagen wird – ein gutes Fundament für das spätere Leben mit auf den Weg zu geben.

Darüber hinaus legt auch der Kronberger Kreis in seiner Publikation »Bildungsfinanzierung neu gestalten« dar, dass auf der einen Seite eine stärkere öffentliche Finanzierung der frühkindlichen (und schulischen) Bildung die besten Renditen hervorruft und auf der anderen Seite Studiengebühren durchaus sinnvoll sind. Dies ist eingebettet in eine stringente volkswirtschaftliche und ordnungspolitische Argumentation. Der Kronberger Kreis sieht in dieser Umschichtung öffentlicher Gelder hin zu früheren Bildungsphasen eine Stärkung der Chancengerechtigkeit.

Die Herstellung der Startchancengerechtigkeit ist selbst aus liberaler Sicht eine staatliche Aufgabe. Es darf keine Frage der Herkunft sein, welche Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung sich einem Individuum bieten. Gleichzeitig ist auch in der frühkindlichen Bildung bereits eine Umverteilungskomponente über das Steuersystem, aus welchem bereits ein Großteil der Finanzierung gestemmt wird, gegeben. Eine zweite Komponente der Umverteilung über Gebühren und Beiträge ist aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER eine Bestrafung der Mitte der Gesellschaft.

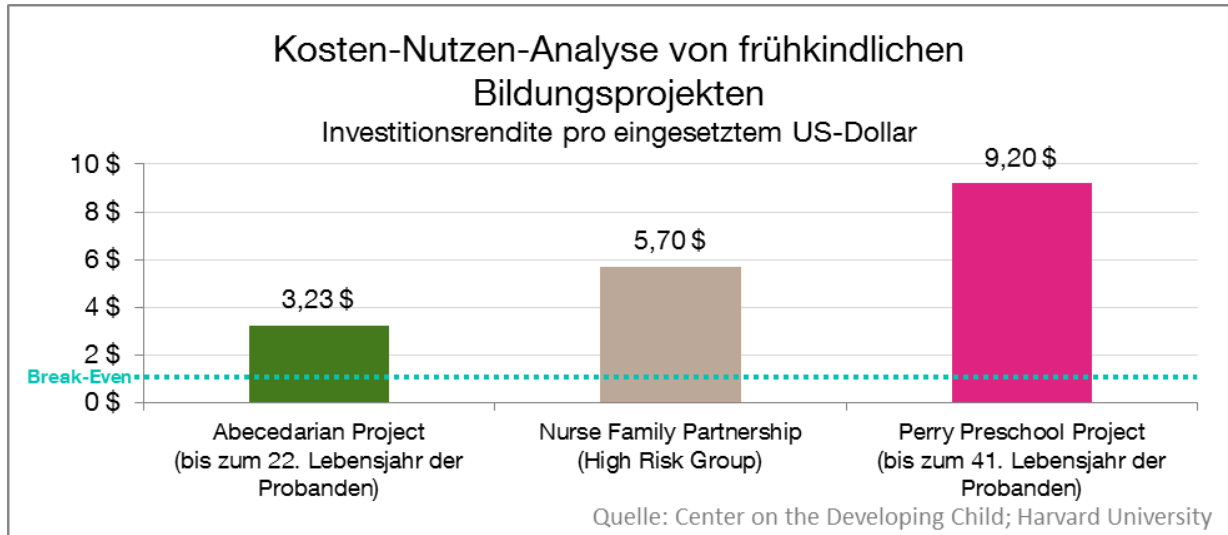
DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher eine vollständige Finanzierung der frühkindlichen Bildung aus Steuern.

Bildung kostet ohne jeden Zweifel Geld. Wenn der Staat das Geld seiner Bürger ausgibt, dann sollte damit sinnvolles erreicht werden, am besten mit einer gesellschaftlichen Rendite. Und welche Investition wäre zukunftsweisender und renditeträchtiger als die in die Köpfe der nächsten Generation? Dies bestätigt auch die Wissenschaft nahezu einhellig. So forderte eine disziplinübergreifende Gruppe von Spitzenforschern der Leopoldina im Jahr 2014 mehr Investitionen in die Qualität – nicht in die schiere Masse – frühkindlicher Bildung. Diese sei »gesamtwirtschaftlich besonders sinnvoll«. Diverse Studien und Projekte bestätigen das.

Das Perry Preschool Project – eine Langzeitstudie aus den USA – zeigt, wie stark und an wie vielen Indikatoren sich der Erfolg frühkindlicher Bildung messen lässt. Die Zahlen belegen klare Vorteile für die Frühgeförderten: Mehr Schulabschlüsse, die Mehrheit bezieht im Erwachsenenalter gute Gehälter, mehr Wohneigentum. Die geförderten Jugendlichen waren als Erwachsene auch »dezidiert weniger auf Sozialfürsorge angewiesen« und die Kriminalitätsrate war geringer.

In diesem Sinne stellt diese Art der Bildung in Form einer stärkeren Chancengerechtigkeit auch einen Baustein dar, der auch den bildungsferneren Schichten einen guten Grundstein für eine ausgebildete soziale Teilhabe mit auf den Weg gibt. Die beitragsfreie Kita kommt jedem Kind in Deutschland zu Gute, im Gegensatz zu beispielsweise Studienfinanzierungen wie Bafög, die den ohnehin schon bildungsnahen Teil der Gesellschaft unterstützen. Diese machen heutzutage noch immer den größten Teil derjenigen aus, die eine akademische Laufbahn einschlagen. Der »normale« Handwerker hingegen muss für einen angestrebten Meistertitel, einem möglichen Äquivalent zum Studium – mehrere tausend Euro aus eigener Tasche stemmen. In den meisten Fällen ist gleichwohl sowohl die soziale Anerkennung des Handwerksmeisters als auch seine Entlohnung geringer als die des Akademikers.

Die gebührenfreie Kita hingegen öffnet die Türen zu einer möglichst hochwertigen Bildung für alle und bedeutet mehr Chancengleichheit.



Und auch eine ökonomische Rendite ist nachweisbar: Jeder Dollar, der in das Perry Preschool Project investiert wurde, warf über 9 Dollar »Gewinn« in Form von geringeren Sozialabgaben und mehr Steuereinnahmen ab.

Als Zwischenfazit lässt sich konstatieren: Egal aus welcher Fachrichtung die Studie oder der Wissenschaftler kommen, es ist unstrittig, dass Investitionen in eine qualitativ und quantitativ gute frühkindliche Betreuung und insbesondere in die frühkindliche Bildung die nahezu beste Investition sind, die ein Staat tätigen kann. Und darüber hinaus wirft diese Investition eine nicht unerhebliche Rendite ab: für den Einzelnen, für die Gesellschaft und sogar für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Das von nahezu allen politischen Akteuren geforderte Prinzip der Startchancengerechtigkeit könnte so ebenfalls forciert werden.

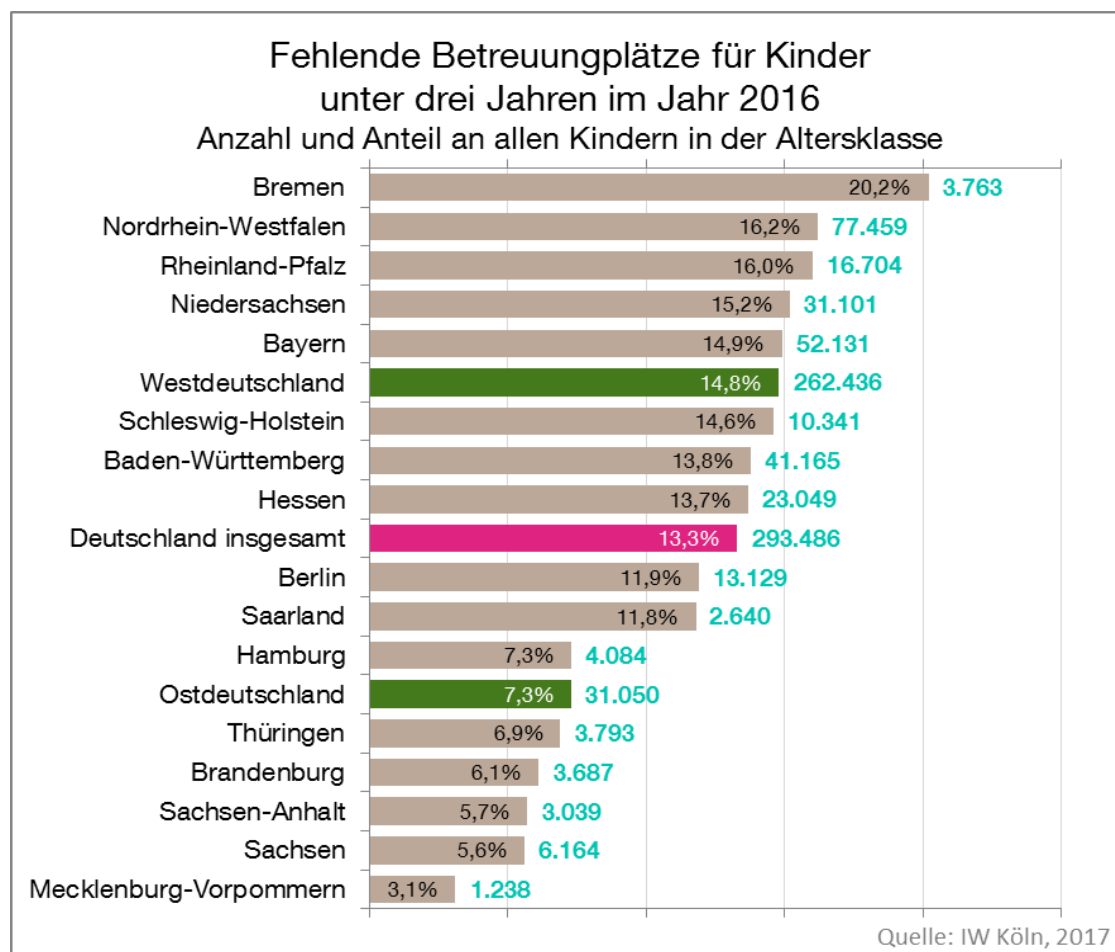
Entsprechend der anfallenden Renditen, sollte auch die Finanzierung durch den Staat ausgestaltet werden. Auf Basis der Einkommensteuer, die sicherlich den größten Posten an zusätzlichen staatlichen Einnahmen aus Bildungsinvestitionen generiert, könnte man eine Finanzierung von 42,5 Prozent durch den Bund, 42,5 Prozent durch die Länder und 15 Prozent durch die Kommunen etablieren. DIE FAMILIENUNTERNEHMER schlagen vor – da auch die Sozialkassen und somit insbesondere der Bund entlastet werden – die Anteile dynamisch zu Lasten des Bundes zu verschieben und eine 50/40/10 Prozent - Finanzierung anzustreben.

»In die Kleinen zu investieren bringt den größten wirtschaftlichen Nutzen.«
(James Heckman, Ökonomie-Nobelpreisträger)

Unsere These: Ein vernünftiges Grundgerüst an qualitativ hochwertiger Bildung für die ganz Jungen ist gesamtgesellschaftlich sehr viel mehr wert als der derzeit politisch vollzogene Akademikerwahn. Staatlich vorgegebene Abschlussquoten schmälern die Qualität und ersetzen kein nachhaltiges Konzept für die Breite der Gesellschaft. Schon heute fehlt dem Handwerk massiv Nachwuchs. Diese Lücke ist mit zusätzlichen Akademikern eben auch nicht zu füllen.

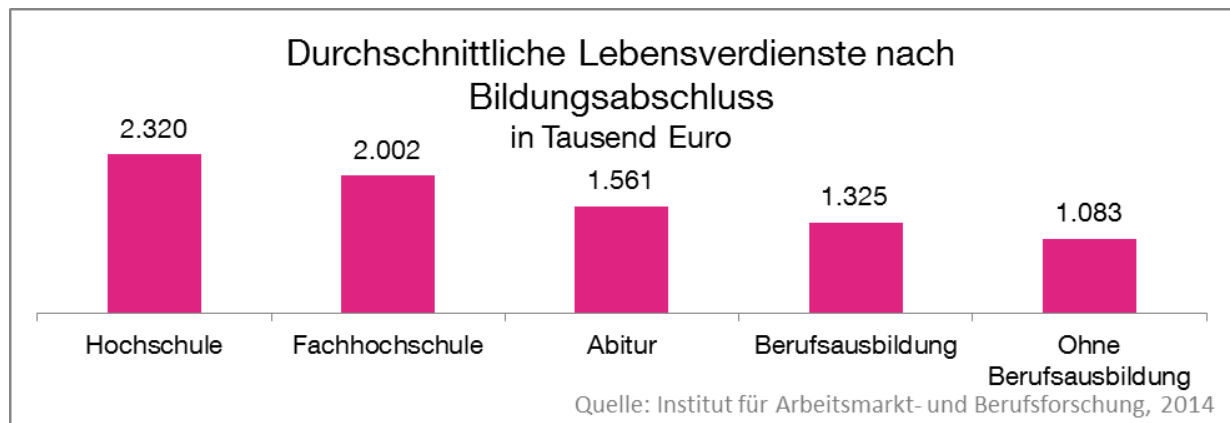
Warum muss etwas getan werden?

Gute Bildung und Ausbildung beginnt früh. Einige Bildungsforscher sprechen davon, dass diese bereits in den ersten Wochen nach der Geburt anfängt. Spätestens im Kindergarten kann der Staat einen Beitrag leisten, indem er Rahmenbedingungen schafft, die der Bildung und Entwicklung des Kindes zu Gute kommen. Dazu muss natürlich in erster Linie die Qualität stimmen. In diesem Bereich muss – trotz einer Entwicklung in die richtige Richtung innerhalb der letzten Jahre – in Deutschland noch mehr passieren. Allein der Betreuungsschlüssel in manchen Bundesländern weist eher darauf hin, dass die Kinder nur notdürftig »verwahrt« werden.



Dabei kann die frühkindliche Bildung ein Fundament legen, das für Kinder den entscheidenden Unterschied ausmacht und somit auch eklatant wichtig für den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ist. Selbstverständlich ersetzt das nicht die wesentlich fundamentalere familiäre Bindung, sondern kann nur daran anknüpfen und diese ergänzen.

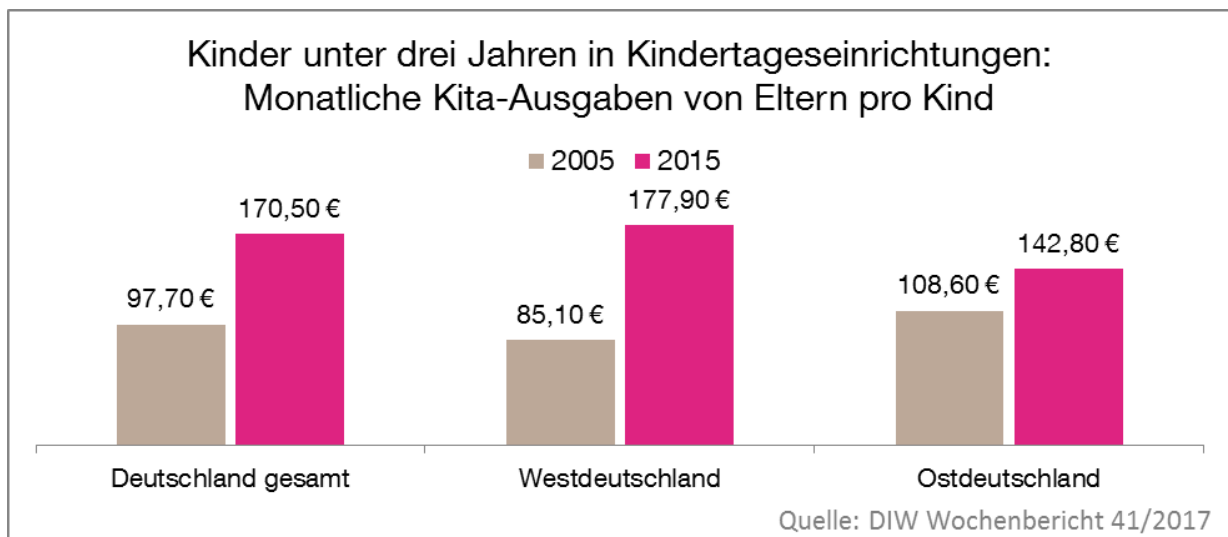
Eine gute Bildung öffnet den Weg zum Arbeitsmarkt, zu einem guten Verdienst und darauf aufbauend auch zur Vermögensbildung und führt letztlich zu einer Gesellschaft selbstbewusster und unabhängiger Eigentümer. Eine gute Grundlagenbildung fördert auch die Durchlässigkeit des Bildungssystems und sorgt dafür, dass auch bildungsferne Schichten eher eine akademische Laufbahn einschlagen (können), als dies aktuell der Fall ist. Ein guter Verdienst sorgt wiederum für eine auskömmliche Rente, ganz ohne staatliche Geschenke. Gute Bildung ist die beste Form der Armutsvermeidung und in jedem Falle besser als staatliche Transferzahlungen.



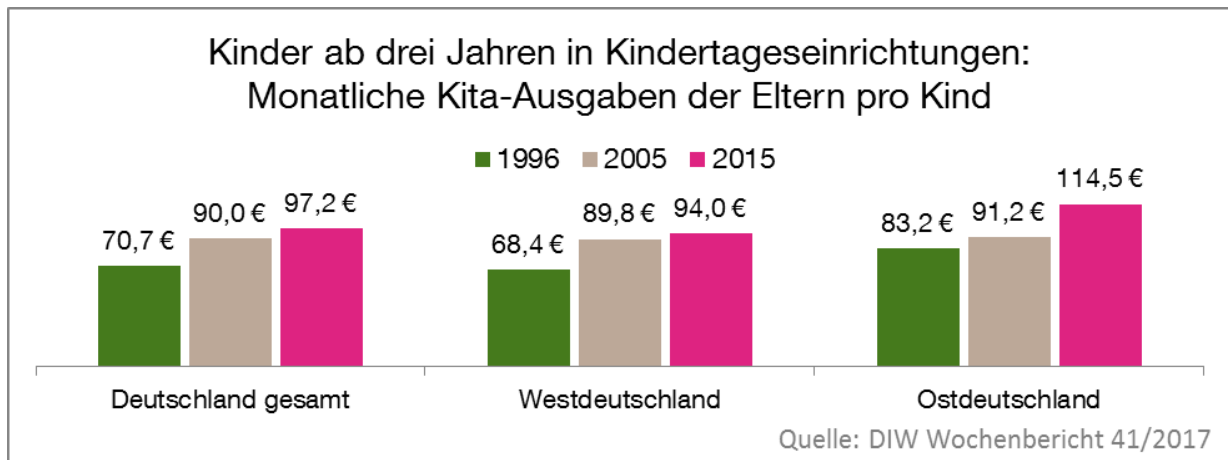
Ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder fördern auch die Möglichkeiten der Teilhabe insbesondere von Frauen. Sobald Kinder in den Haushalt kommen, stellt sich für ein Elternteil irgendwann die Frage, ob, wann und wie lange die Arbeit unterbrochen werden muss. In den allermeisten Fällen stellt sich diese Frage immer noch die Frau. Möchte man den Frauen also ermöglichen, dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung zu stehen, braucht es erstens die Chance, hinreichend attraktive Betreuungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und zweitens einen Kita-Beitrag, der nicht sofort das Nettogehalt wieder zu großen Teilen auffrisst. Was nützt einem der Mindestlohn, wenn er vom Kita-Beitrag aufgezehrt wird? Was nützt ein Studium und ein hochbezahlter Job, wenn durch gestaffelte Kita-Beiträge selbst bei Gutverdienern große Summen des Gehaltes aufgezehrt werden. Zumal das nicht die einzigen Kosten sind, die ein Kind verursacht. Prohibitiv hohe Kita-Gebühren halten Frauen vom Arbeitsmarkt fern und sorgen so für geringere Haushaltseinkommen, gebrochene Erwerbsbiografien, mangelnde Gleichberechtigung und geringere Renten. Ganz zu schweigen von einer Abhängigkeit der Frau vom Mann. Sieht so moderne Politik aus, die Bürgern und Familien ermöglicht, aus eigener Kraft Wohlstand zu generieren?

Jeder, der die Integration, insbesondere von Frauen, in den Arbeitsmarkt befördern möchte, muss diese Zusammenhänge berücksichtigen. Wenn die Beiträge zu Kindertagesstätten prohibitiv hoch sind, wird sich der »Zweitverdiener« oft gegen die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit entscheiden. Mit den nicht zu unterschätzenden Folgewirkungen für viele relevante andere Bereiche – Rente, Fachkräftemangel, Armutsgefährdung.

Letztlich wirken die Betreuungskosten so wie extrem hohe Lohnnebenkosten. Sie vernichten Arbeitsplätze und noch dazu die Wohlstandsperspektiven der Zukunft. Im Fokus stehen hier nicht die Geringverdiener oder Transferempfänger, die in den meisten Fällen sehr günstigen oder beitragsfreien Zugang zu Kitas haben. Im Fokus stehen hier diejenigen, die arbeiten wollen oder dies bereits tun und durch hohe Gebühren zusätzlich bestraft werden oder von der Erwerbstätigkeit ganz oder teilweise abgehalten werden.



Es ist darüber hinaus aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER nicht hinnehmbar, dass die Leistungsträger der Gesellschaft im Bereich der Kita-Finanzierung in vielen Regionen eine teils gravierende Doppelbelastung stemmen müssen. Zum einen zahlen die Arbeitnehmer über ihre Steuern schon über 24 Milliarden Euro, um die Kindertagesstätten zu ermöglichen (Quelle: Bildungsfinanzbericht 2016). Auf der anderen Seite, müssen sie dann auch noch - über teils eklatant hohe Beiträge - für finanziell eher schlecht gestellte Familien mitzahlen. Das ist keine Politik, die Familien unterstützt, sondern ein Hemmnis. Familien haben es hierdurch schwer, Vermögen aufzubauen, privat vorzusorgen und ihren Kindern auch im Privaten diverse Möglichkeiten zu bieten. Der Bruttoverdienst ist in solchen Fällen Nebensache. Was am Ende – nach Abzug der Kitabeiträge - Netto bleibt, ist oft erschreckend wenig.



DIE FAMILIENUNTERNEHMER / DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Kita-Politik, wie passt das zusammen?

Auch für Familienunternehmer ist jede gut ausgebildete Frau, die unfreiwillig dem Arbeitsmarkt fernbleibt, eine zu viel. Der Fachkräftemangel ist ein offensichtliches Problem.

Bis zum Jahr 2030 wird sich das Erwerbspersonenpotenzial um 3,6 Millionen verringern. Bereits heute gibt es in zahlreichen Regionen, vor allem im süddeutschen Raum, nicht nur Fachkräfteengpässe, sondern einen regelrechten Fachkräftemangel. Ein besonderer Mangel besteht im Bereich der Maschinen- und Fahrzeugtechnik, der Energietechnik, aber auch im Bereich der Humanmedizin sowie der Alten- und Krankenpflege. Es ist unstrittig, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Fachkräftelücke über eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen gelöst werden könnte. Zwar liegt bereits heute in Deutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen im OECD-Vergleich im Spitzenfeld. Der Anteil der Frauen, die nur in Teilzeit beschäftigt sind, ist mit 58 Prozent allerdings ebenfalls sehr hoch. Für jene, die unfreiwillig in Teilzeit beschäftigt sind und die gern ihre Wochenarbeitszeit erhöhen möchten, sind verbesserte Angebote bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unumgänglich. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass man so bis zu 500.000 Vollzeitäquivalente zusätzlich generieren kann.

Darüber hinaus bezifferte das IW Köln im Jahr 2010 die indirekten Kosten, also die Kosten, die entstehen, weil die Eltern ihre Erwerbstätigkeit mit Kindern einschränken müssen, auf 171,6 Milliarden Euro (vgl. IW-Dossier vom 07.01.2010). Man kann sich ausmalen, welch großes Potenzial hier für die Gesellschaft, den Staat und auch die Familienunternehmen in Deutschland gehoben werden könnte.

Eine gute Kita-Politik, die für qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung sorgt, ist also eine 4-win-Situation - für Kind, Eltern, Familienunternehmer und nicht zuletzt für die gesamte Gesellschaft.

Was wir brauchen

Um dem Anspruch einer guten Betreuung und gleichsam einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung gerecht zu werden, müssen die Kindertagesstätten zum einen gut ausgestattet werden, was solide finanzielle Mittel voraussetzt, auch und insbesondere im Bereich personeller Ressourcen. Zum anderen müssen diese Institutionen ebenfalls über die Kompetenzen verfügen, sich den Wünschen der Eltern und den spezifischen Bedürfnissen der Kinder entsprechend anzupassen. Eine Kita sollte unternehmerisch denken und den Kundenwünschen gerecht werden.

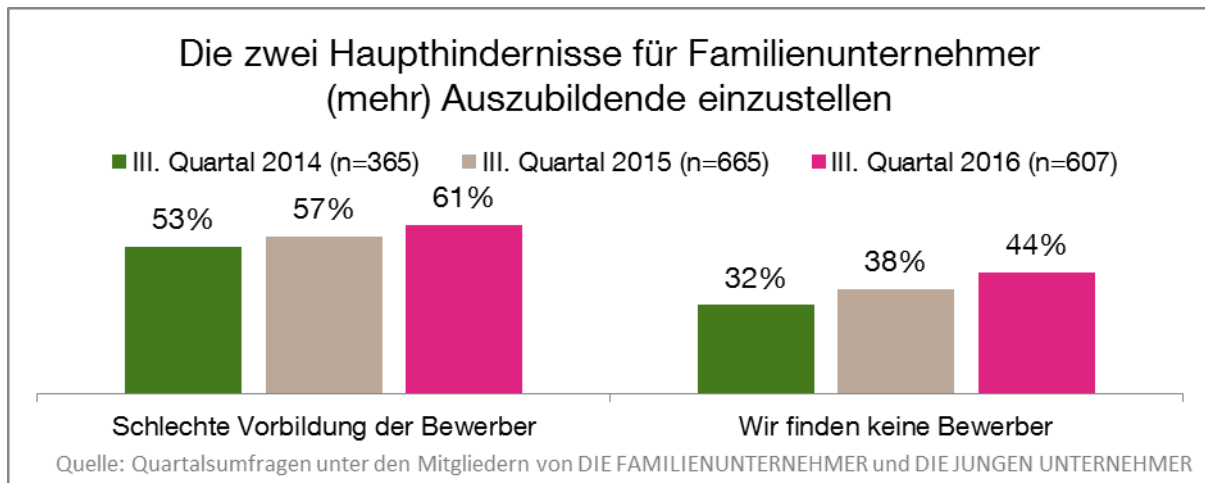
Das fängt zum Beispiel damit an, dass viele Kitas nicht die Möglichkeit haben, eine bestimmte Stundenzahl zur Kinderbetreuung flexibel auf die Woche zu verteilen, sondern tagtäglich nur dieselbe Stundenzahl für ein Kind bewilligen dürfen. Diese staatlichen Vorgaben passen mit den Erfordernissen eines immer flexibleren Arbeitsmarktes nicht zusammen. Es mag sein, dass Eltern an einem »kurzen« Arbeitstag ihre Kinder auch gern früher aus der Kita holen. Zahlen müssen sie derzeit in vielen Fällen trotzdem den vollen Betrag.

Des Weiteren ist es nötig, eine Kitapolitik und später auch Schulpolitik zu etablieren, die Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Angefangen bei der frühkindlichen Bildung werden die Grundlagen für jedes Kind gelegt und somit eine Weichenstellung vorgenommen, die wesentlich für den weiteren Lebensweg eines jeden Kindes ist.

»Chancengerechtigkeit« kann nicht bedeuten, dass jeder sein Studium bezahlt bekommt, sondern, dass jedes Kind überhaupt erst einmal von Beginn an in die Lage versetzt wird, ein solches anzustreben.

Es sind nicht nur Informatikstudenten, die das Land voranbringen. Es sind auch andere Fachkräfte, die – zum Teil ohne Studienabschluss - tagtäglich durch Leistung am Arbeitsplatz die Gesellschaft bereichern. Und auch hier kann zunehmend beobachtet werden, dass eine teils gewaltige Lücke klafft. Familienunternehmer berichten, dass sie händeringend solche Arbeitskräfte suchen.

Gleichzeitig ist die Bildung, die Auszubildende bei der Bewerbung aufzeigen, teilweise erschreckend schlecht.



Diesen Widerspruch gilt es, mit einer guten Grundlagenbildung aufzulösen, die für alle – angehende Akademiker wie fähige Handwerker – eine gleich gute Grundlage fürs Leben schafft.

Lösungsvorschlag: Mehr Wettbewerb auch im Kita-Bereich

Um eine qualitativ hochwertige Betreuung und frühkindliche Bildung sicherzustellen, braucht es ein Kontrollsystem, das über jeden Zweifel erhaben ist: die Eltern.

Statt die Planung und Ausstattung der Kindertagesstätten staatlich festzulegen, empfehlen DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER den Kunden der Dienstleistungen die Wahlfreiheit zu übertragen. Dies kann durch ein staatlich finanziertes Gutscheinsystem gelöst werden. Die Eltern erhalten für die Kitabetreuung einen solchen Gutschein und können diesen dann in der Betreuungseinrichtung ihrer Wahl einlösen. Durch diese freie Wahl können Eltern Leistungen und innovative Lösungen, die ihnen tagtäglich bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf helfen, honorieren. Das setzt allerdings einen weiteren Kitausbau voraus, so dass genügend Kapazitäten vorhanden sind und eine Nachfragemacht entsteht. Diesen Prozess gilt es politisch auf allen Ebenen voranzutreiben.

Die Kindertagesstätten müssten gleichzeitig ein gewisses Maß an Autonomie erhalten und Entscheidungen, wie sie die Betreuung und Bildung sicherstellen, eigenverantwortlich auf die beste Art und Weise treffen können. Dabei können selbstverständlich gewisse Rahmenbedingungen von Seiten der Gesetzgeber aufgestellt werden. Jedoch sollten keine Unterschiede zwischen Kindertageseinrichtungen verschiedener Träger gemacht werden. So gilt es, die Gutscheine für die Finanzierung jeglicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten einsetzen zu können, welche die Eltern bevorzugen. Ganz gleich, ob der Träger kirchlich, öffentlich oder rein privatwirtschaftlich ist.

Kinder brauchen individuelle Lösungen. Und flexible Arbeitnehmer brauchen flexible Kitas.

Zusätzlich dazu sollten bundesweit einheitliche Qualitätsstandards festgelegt werden, die von externen Sachverständigen evaluiert werden. Diese müssen sowohl die adäquate Betreuung der Kinder als auch die Bereiche der frühkindlichen Bildung erfassen und öffentlich einsehbar darstellen. Selbst wenn es für Eltern aus Mobilitätsgründen nicht möglich sein sollte, auf andere Kindertagesstätten auszuweichen, so hätten sie mit diesem Informationsinstrument zumindest ein Mittel in der Hand, die von ihnen gewählte Kita im Vergleich zu bewerten und entsprechend Druck auszuüben, um Verbesserungen anzumahnen.

Die konkrete Ausgestaltung könnte wie folgt aussehen: Die Kita-Gutscheine sind für jedes Kind – möglicherweise nach Alter gestaffelt, da die Kosten entsprechend unterschiedlich sind – mit der gleichen finanziellen Ausstattung zu versehen, welche die gesamte Betreuungsleistung der Kita abdeckt. Nicht enthalten wären zusätzliche Leistungen wie z.B. das Essen oder Windeln, die aber gleichsam durch die Kindertagesstätte bereitgestellt werden können.

Das ist fair, da die Gutverdiener über die Steuern einen erheblichen Beitrag zur Kindergartenfinanzierung leisten und nicht noch zusätzlich über weitere Beiträge für die Arbeitsaufnahme bestraft werden sollten. Geringverdiener hätten dadurch keinen Nachteil zu tragen.

Die Gutscheine können dann in jeder Kindertagesstätte eingelöst werden (sofern das objektiv möglich ist). So könnten sich berufstätige Eltern die für ihr Kind am besten geeignete Kita aussuchen und jene, die mit ihrer Berufstätigkeit am besten zu vereinbaren ist. Über die Entscheidungen der Eltern würde ein Qualitätswettbewerb unter den Kitas entfacht, der letztlich das Qualitätsniveau insgesamt anheben würde und somit allen Kindern eine möglichst gute frühkindliche Bildung und eine solide Basis für den späteren Lebensweg angedeihen lässt.

Finanzierungsvorschlag

Die beitragsfreie Kita ist ein Vorhaben, das natürlich auch einiges an finanziellen Mitteln verlangt. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass in den allermeisten Kommunen/Kreisen/Städten bereits heute ein nicht unerheblicher Teil durch Steuermittel finanziert wird.

Ein Punkt sollte daher gleich klargestellt werden: Erforderlich sind keine höheren Steuereinnahmen, sondern eine Umschichtung und Priorisierung hin zu den wichtigen Bereichen Bildung und Betreuung, zu denen die frühkindliche, aus den oben benannten Gründen, definitiv gehört.

Die Gegenfinanzierung setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen:

- Eine höhere Erwerbstätigkeit der Eltern und damit einhergehend höhere Steuereinnahmen des Staates und eine Entlastung der Sozialkassen.
- Die durch gute Bildung vermiedenen Folgekosten, da nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Begünstigten in ihrem Leben weniger auf staatliche Transfers angewiesen sind, mehr Einkommen erwirtschaften, die Sozialkassen entlasten und ebenfalls mehr Steuern zahlen, so wie durch die erworbenen Fähigkeiten das Wachstum der Volkswirtschaft insgesamt stützen.
- Eine gute Bildung der Jüngsten zahlt sich zum Teil bereits selbst aus. Entscheidend dafür ist es, die sogenannten »Opportunitätskosten« ins Auge zu fassen, die vorliegen, wenn die Betreuungssituation und Bildungsleistung mangelhaft ist.

Wie schon in der Einleitung erwähnt, bezifferte das IW Köln im Jahr 2010 die Verdienstauffälle von Eltern aus Mangel an Betreuungsmöglichkeiten auf über 170 Milliarden Euro. Diese Schätzung offenbart das Potenzial, das durch eine bessere Kinderbetreuung für die Eltern, die Familienunternehmer aber auch für Staat und Sozialsystem gehoben werden kann. Der Gewinn für die Gesellschaft wäre enorm. Die Finanzierung einer beitragsfreien Kita wäre de facto gedeckt.

Es werden konkrete Einsparungen auf Seiten des Staates fällig, wenn Kinder gut betreut sind und Eltern arbeiten gehen, weil diese dann auch über den Arbeitslohn finanzielle Mittel erwirtschaften, die sie zum Teil wiederum in die staatlichen Systeme einzahlen.

Das betrifft den Steueranteil genauso wie die sozialen Sicherungssysteme. Auch im Bereich des Ehegattensplittings dürfte dem Staat im Fall zwei arbeitender Elternteile einiges an Einsparungen zu Gute kommen. Das sind jedoch nur die aktuellen und sofort wirksamen Einsparungen.

Da wären zum einen die Rentenansprüche, die Mütter erwerben, wenn diese durch ein Kind in der Arbeitsaufnahme bzw. dem Ausbau ihrer Tätigkeit nicht gehemmt werden. Das wäre ein wirklicher Fortschritt im Kampf gegen – das nicht flächendeckende! – Problem der Altersarmut. Gerade für Alleinerziehende, die häufiger durch Altersarmut betroffen sind, könnten so erhebliche Verbesserungen erzielt werden.

Noch gravierender wären die Auswirkungen jedoch auf die Kinder selbst. So zeigen die oben erwähnten Studien, dass die Rendite frühkindlicher Bildung sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft enorm ist. Die Zahl der Schulabbrecher, unter denjenigen mit guter frühkindlicher Bildung, ist wesentlich geringer, die Einkommen im Schnitt hingegen wesentlich höher. Sogar eine wesentlich geringere Kriminalitätsrate wird damit in Zusammenhang gebracht. So sinken die Kosten für den Sozialstaat immens und die sozialen Sicherungssysteme werden durch solide Erwerbsbiografien mit im Vergleich hohen Löhnen gestärkt.

1. Einen weiteren großen Teil der Finanzierung, der relativ zügig generiert werden kann, könnte die Politik relativ leicht stemmen, indem die Hochschulfinanzierung umgestellt wird.

Mit dem Erreichen eines guten Schulabschlusses hat der Staat aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER seine Aufgabe erfüllt und jedem Kind und Jugendlichen das richtige Rüstzeug mit auf den Weg gegeben, um seines eigenen Glückes Schmied zu sein. Die viel zitierte **Chancengerechtigkeit** ist somit gegeben. Was der Einzelne nun daraus macht, sollte jedem selbst überlassen bleiben.

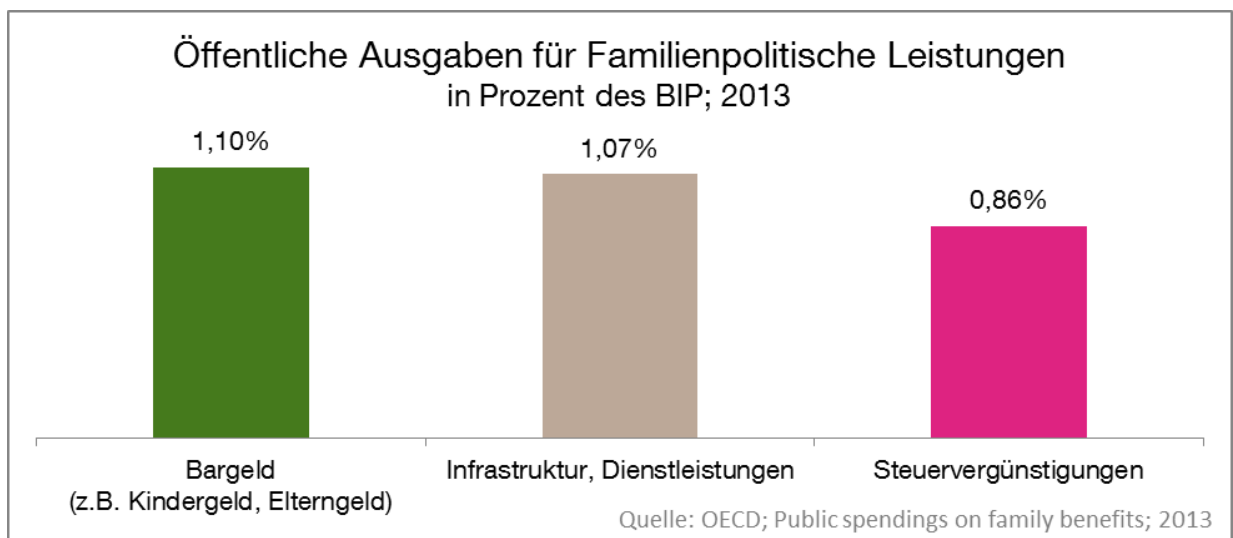
Es ist nicht nachvollziehbar, warum noch immer die ganze Gesellschaft für ein Studium aufkommt, dass zwar auch der Gesellschaft nützt, aber dem Einzelnen ebenso viel. Zumal hier auch schon eine eigene Entscheidung über eine individuelle Spezialisierung stattfindet – das Studium also bereits eine Art der Berufsausbildung darstellt. Das Äquivalent hingegen, der Meistertitel, ist schließlich ebenfalls mit finanziellen Investitionen für den Einzelnen verbunden. Obwohl dieser im Prinzip ebenso eine berufliche Qualifikation darstellt, wie ein Studium, muss derjenige, der diesen Titel erwerben möchte, diesen eigenständig mit meist mehreren tausend Euro finanzieren. Es wäre nur fair, hier eine Angleichung der Bedingungen durchzuführen.

Zudem erreicht das deutsche System nicht einmal das gesetzte Ziel, das Bildungssystem durchlässiger zu machen. Deutschland hat im internationalen Vergleich immer noch recht schlechte Werte, wenn es darum geht, Kinder aus einkommensschwachen Schichten zu einem Studium zu bewegen. Derzeit wird der Hochschulsektor jedoch mit finanziellen Mitteln zugeschüttet, ohne dass diese an Effizienzkriterien oder qualitative Verbesserungen gebunden werden. Dabei könnte jedoch in dieser Bildungsetappe mit Stipendien und Kreditprogrammen eine Finanzierung für jeden Einzelnen sichergestellt werden (z.B. Australisches Modell). Das IW Köln bescheinigt einer solchen Finanzierung sogar eine höhere Effizienz (vgl. IW policy paper 5/2013). Das australische Modell, welches den Einzelnen an der Finanzierung seines Hochschulstudiums beteiligt und somit eine Nutzerfinanzierung darstellt, Effizienz ins System bringt und gleichzeitig auch – über bestimmte Kriterien, an welche die Rückzahlung der Kredite gebunden ist – das Risiko einer überbordenden finanziellen Belastung für den Kreditnehmer ausschließt, ist aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER ein gelungenes Beispiel, wie man derlei Finanzierungsmodelle ausgestalten kann.

Hier könnten öffentliche Mittel zielführend und sogar mit einer Steigerung der Qualität der Hochschulbildung eingespart werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern, die Hochschulfinanzierung auf ein System von Stipendien und Krediten umzustellen, die für jedermann leicht zugänglich und erhältlich sind. Die Rückzahlung wird nachfolgend an das Einkommen bzw. an eine bestimmte Einkommenshöhe gekoppelt. So kommt kein Akademiker in finanzielle Schwierigkeiten. Von dieser Umschichtung profitieren letztlich alle.

- Die diversen staatlichen Familienleistungen gehören ebenfalls auf den Prüfstand. Diese erreichen ein Gesamtvolumen von ca. 200 Milliarden Euro pro Jahr. Nicht alles davon scheint sinnvoll und zukunftsträchtig angelegt zu sein. Darüber hinaus ist auch die Vielzahl an Leistungen ein Ansatzpunkt. Eine Bündelung und Fokussierung dürfte einiges an Effizienzverbesserungen und Mitteleinsparungen generieren, die für qualitative und quantitative Verbesserungen genutzt werden können.



Im Ergebnis: Das Problem ist also keinesfalls zu wenig Geld, sondern eine falsche Prioritätensetzung.

Fazit

Die beitragsfreie Kita ist aus diversen Gründen die beste familienpolitische Maßnahme, die ergriffen werden kann. Insbesondere im Konzert der diversen Maßnahmen, die bestehen bzw. in den letzten Jahren installiert wurden, zeigt die Beitragsfreistellung von Kindergartengebühren die besten Ergebnisse auf allen relevanten Feldern. Das bestätigt selbst der Evaluierungsbericht der Bundesregierung bzw. die damit beauftragten Institute.

Die stärkere Inanspruchnahme der Kindergärten bringt dann auch nur Gewinner hervor. Insbesondere Frauen haben stärkere Anreize und in vielen Fällen überhaupt die Möglichkeit, wieder erwerbstätig zu werden. Die Familienunternehmen in Deutschland, die so dringend auf Fachkräfte angewiesen sind, können auf dieses Potenzial zurückgreifen. Durch die gesteigerte Erwerbstätigkeit können entsprechend auch solide Vermögen und Rentenansprüche erworben werden, sodass auch das Problem der Altersarmut eingedämmt wird.

Die Leistungsträger und die Mitte der Gesellschaft, die bereits über Steuern den Großteil der Kinderbetreuung finanzieren, werden nicht nochmals über hohe Beiträge belastet. Durch ein Gutscheinsystem wird der Wettbewerb zwischen den Kitas entfacht, was zu Qualitätssteigerungen führt. Familien wird zielgenau und ohne Differenzierung zwischen den verschiedenen Lebensentwürfen geholfen.

Nicht zuletzt deuten alle Studien auf die positive Wirkung der frühkindlichen Bildung auf den späteren Lebensweg hin. Somit sind hier zukünftig weniger Sozialausgaben und im Schnitt höhere Gehälter sowie bessere Erwerbsbiografien zu erwarten – mit den entsprechend positiven volkswirtschaftlichen Effekten. Selbstverständlich kostet das kurzfristig Geld. Doch bei genauerer Betrachtung finanziert sich die beitragsfreie Kita von selbst.

Zum einen fallen andere familienpolitische Leistungen weg oder zumindest geringer aus. Zum anderen werden auf das Einkommen, das durch die Ausweitung des Arbeitsangebotes generiert wird, diverse Steuern fällig. Diese Steuereinnahmen wären durchaus üppig.

Zu guter Letzt kann auch durch die Erhebung von Studiengebühren und die Umwidmung von öffentlichen Mitteln aus der Hochschulfinanzierung in die frühkindliche Bildung das notwendige finanzielle Volumen generiert werden.

Die ökonomische Rendite der Volkswirtschaft, die Vorteile für die Wirtschaft und die Familienunternehmer in Deutschland, aber auch der persönliche vielschichtige Gewinn für Eltern und Kinder zeigen auf, dass die beitragsfreie Kita zweifelsfrei die beste politische Weichenstellung in diesem Bereich ist.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern Bund, Länder und Gemeinden auf, für ein solches Modell der beitragsfreien Kita die Kompetenzen entsprechend zu ordnen und die Finanzierungsstrukturen zu schaffen.